



Christian Berger
Vorsitzender des Vorstands der KZVB

Licht und Schatten

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 31. Dezember endet die sechsjährige Amtszeit des Vorstands der KZVB. In diesem Heft finden Sie eine ausführliche Bilanz unserer Arbeit. Ich stehe dazu: Hinter uns liegen sechs gute Jahre! Wir haben die Corona-Pandemie aus eigener Kraft bewältigt – ohne staatliche Liquiditätshilfen. Es ist nicht zu einem Praxissterben gekommen. Auch die Infektionszahlen waren in unseren Praxen deutlich niedriger als in anderen Medizinbereichen. Zahnärzte können Hygiene – auch unter Pandemiebedingungen. Unsere Systemrelevanz wurde abschließend festgestellt – ein wichtiges Signal für die Zukunft!

Auch bei den Verhandlungen mit den Krankenkassen konnten wir Erfolge erzielen. Der KCH-Punktwert ist von 2016 bis 2021 um 14,2 Prozent gestiegen, die Lebenshaltungskosten erhöhten sich dagegen nur um 8,7 Prozent. Daraus ergibt sich ein Einnahmeplus von 5,5 Prozent. Das ist ein finanzielles Polster, das wir angesichts der Wiedereinführung der Budgetierung am 1. Januar 2023 dringend brauchen. Doch wo Licht ist, ist auch Schatten. Und klar ist auch: Die fetten Jahre sind vorbei! Die Krankenkassen sehen sich mit einem Milliardendefizit konfrontiert. Der Politik fällt nichts anderes ein als ein Kostendämpfungsgesetz. Während man ein 100 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr bereitstellt und die Bevölkerung mit einem „Doppelwumms“ von steigenden Energiepreisen entlastet, wird unser Gesundheitssystem gerade kaputtgespart. Die Folgen dieser Politik sind unübersehbar: Arzneimittel werden knapp, Krankenhäuser müssen schließen, die Wartezeiten auf Arzttermine werden länger, viele Alterspraxen finden keinen Nachfolger mehr. Auch an den Zahnärzten geht diese Entwicklung nicht spurlos vorüber.

Wir haben der Politik klar und deutlich gesagt, dass der Sicherstellungsauftrag

in Gefahr ist, wenn nicht endlich gegengesteuert wird. Eine Erhöhung des GOZ-Punktwerts, ein echter Bürokratieabbau und vor allem die Rücknahme der Budgetierung in der gesetzlichen Krankenversicherung – das wären die wichtigsten Sofortmaßnahmen, um die wohnortnahe zahnmedizinische Versorgung zu erhalten. Es gibt also auch in den kommenden sechs Jahren viel zu tun. Denn für begrenzte Mittel kann es nur begrenzte Leistungen geben. Das werden wir den politisch Verantwortlichen und unseren Patienten klar machen müssen. Weniger BEMA, mehr GOZ – das muss unsere Antwort auf die Wiedereinführung der Budgetierung sein. Nur so können wir das wirtschaftliche Überleben unserer Praxen sichern.

Die Zahnärzteschaft war immer dann erfolgreich, wenn sie geschlossen nach außen aufgetreten ist. Das ist mein Appell am Ende dieser Amtszeit: Lassen Sie uns durch ein konzertiertes Vorgehen auf das reagieren, was die Politik in Berlin beschlossen hat! Der Mangel muss sichtbar und spürbar werden. Nur dann besteht die Chance, dass wir Karl Lauterbach und die Ampel-Koalition zum Umdenken bringen. Unsere Verbündeten müssen dabei unsere Patienten sein. Denn die Zahnmedizin ist nicht nur systemrelevant, sie ist Teil der Daseinsfürsorge. Eine Vernachlässigung der Mundgesundheit kann am Ende des Tages lebensbedrohlich sein. Dessen muss sich die Politik bewusst sein.

Auch wenn wir einer schwierigen Zukunft entgegenblicken, wünsche ich Ihnen und Ihren Angehörigen ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2023.

Ihr